



© Katharina Wieland / pixelio.de, mod. M. Bangemann

Die „Schuldenbremse“ – Ein Patentrezept?

Helmut Creutz

Mit der Verabschiedung eines Rettungs-Versuchs über eine Schuldenbremse beweist die Politik nur ihre Unwissenheit über die Vorgänge im Geldbereich! – Schon jeder Autofahrer weiß, dass man zur Abbremsung eines Fahrzeugs zuerst einmal den Fuß vom Gaspedal nehmen muss. Bezieht man das auf jene Schuldenbremse, die man in Deutschland bereits verbindlich verabschiedet hat und den anderen Euro-Ländern noch verpassen möchte, dann gilt genau das Gleiche: Auch hier muss man zuerst einmal „das Gas wegnehmen“, das heißt, jene Vorgänge reduzieren, die in unseren heutigen Volkswirtschaften den Staaten nicht nur die Aufnahme immer höherer Schulden ermöglichen, sondern diese geradezu erzwingen:



Das Überwachstum der Geldvermögen



Dass Schuldenaufnahmen nur möglich sind, wenn ein anderer Geld übrig hat und zum Verleih bereit ist, kann als bekannt vorausgesetzt werden. Weniger bekannt ist dagegen, dass die leihweise Aufnahme solcher überschüssiger Geldmittel nicht nur möglich, sondern in jeder Volkswirtschaft zwingend notwendig ist! Denn ohne die Rückführung über Kredite in den Kreislauf würden sie als Kaufkraft in der Wirtschaft fehlen. Als Folge käme es zu Unterbrechungen des Geldumlaufs und damit, in Höhe der Ersparnis, zu Nachfrageausfällen. Und das könnte letztlich sogar jene Leistung betreffen, die der Sparer zwar in den Markt eingebracht, aber nicht durch Nachfrage anderer Güter in gleicher Höhe ausgeglichen hat.

Normalerweise werden solche Ersparnisbildungen durch die Kreditaufnahmen anderer Wirtschaftsteilnehmer geschlossen, vor allem über Investitionen der Unternehmen. Gehen jedoch die Ersparnisbildungen über deren Bedarf hinaus, dann versucht man – nicht zuletzt durch exzessive Ausweitungen der Werbung – die Privathaushalte zum Kauf auf Pump anzuregen, wie das bereits in den 1960er Jahren zunehmend der Fall

war. Da aber auch dieser Ausweg seine Grenzen hatte und die Geldvermögen immer rascher zunahm, blieb schließlich nur noch der Staat zur Schließung des Kreislaufs übrig. Denn die Politik ist an einer funktionierenden und möglichst regelmäßig wachsenden Wirtschaft nicht nur im Hinblick auf die Steuereinnahmen interessiert, sondern ebenfalls mit Blick auf die nächsten Wahlen.

Diese Zusammenhänge zwischen den Ersparnisbildungen und Staatsverschuldungen hat der Wirtschaftswissenschaftler Rüdiger Pohl, viele Jahre Mitglied des Sachverständigenrates, bereits am 11. Dezember 1987 in einem Artikel in der Wochenzeitung DIE ZEIT unmissverständlich beschrieben:

„Wohlgemerkt: Staatliche Kreditaufnahme ist kein Selbstzweck. Aber wenn – wie heute in der Bundesrepublik – das Kapitalangebot aus privaten Ersparnissen steigt, gleichzeitig die Kapitalnachfrage...der Unternehmen wegen der schwachen Investitionsneigung gering bleibt, dann muss der Staat das am Markt entstehende Kapitalüberangebot aufnehmen, weil andernfalls eine deflationäre Wirtschaftsentwicklung einsetzen würde.“

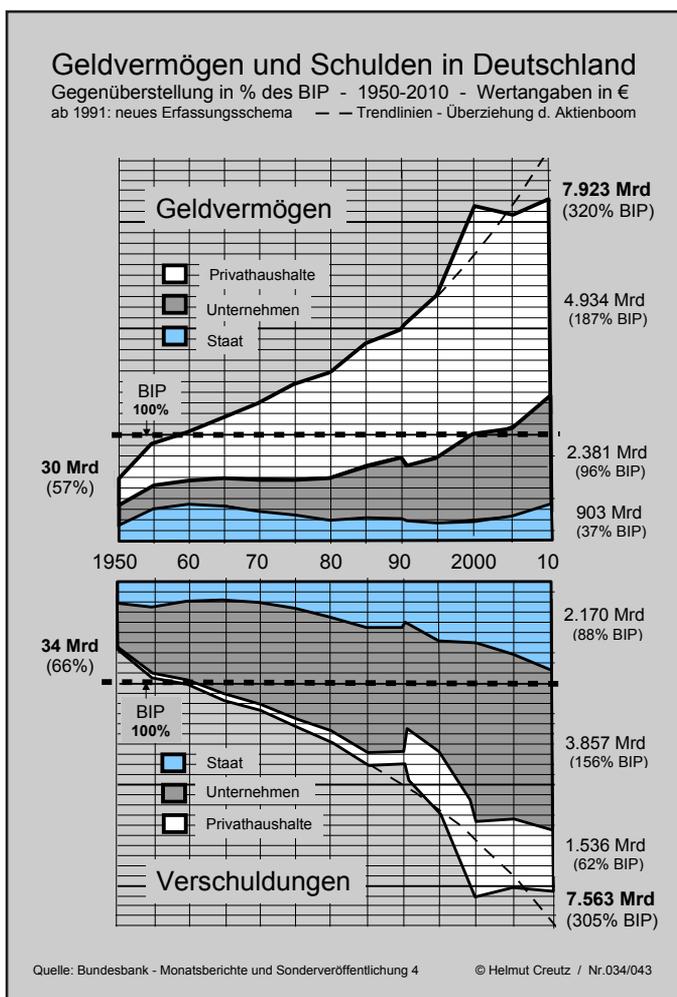
Die Staaten sind also, nach den Gesetzmäßigkeiten unseres heutigen Geldsystems, in Fällen überschüssiger Ersparnisbildungen zur Ausweitung ihrer Schulden gewissermaßen gezwungen. Und das heißt im Umkehrschluss, dass die Staaten in unseren Tagen ihre Schuldenaufnahmen nur dann abbremsen oder gar herunterfahren können, wenn Unternehmen oder Privathaushalte ihre Kreditaufnahmen ausweiten würden. Geschieht dies nicht im ausreichenden Umfang, dann versuchen die Besitzer dieser weiter wachsenden Vermögensmassen schließlich, ihre Gewinne über fragwürdige Finanzanlagen und Spekulationsgeschäfte hereinzuholen. Welche Folgen das wiederum hat, haben wir in den letzten zehn Jahren erlebt. Daraus ergibt sich, dass ein wirkungsvolles und unproblematisches Abbrem-

sen der ständig wachsenden Schulden nur dann möglich wäre, wenn dies bei den Geldvermögen vorausgehen würde. Und das heißt wiederum, wenn man jenen Vermehrungs-Automatismus dieser Geldvermögen, der aus dem Zins- und Zinseszins-Effekt resultiert, anstatt der Schuldenzunahme abbremsen würde. Ein Abbau, der sich automatisch einstellt, wenn man, über einen geregelten Umlauf des Geldes, für ein marktgerechtes Absinken der Zinssätze und – in gesättigten Volkswirtschaften – deren Pendeln um die Nullmarke sorgt.

Die Entwicklungen der Geldvermögen und Schulden



Die angeführte Wechselseitigkeit der Entwicklungen beider Größen geht aus der Darstellung 1 hervor. In ihr werden, bezogen auf den Zeitraum von 1950 bis 2010 und umgerechnet in Prozent des BIP – also gemessen an der Wirtschaftsleistung – die gesamten Geldvermögen den Gesamtschulden in Deutschland gegenübergestellt, aufgeteilt jeweils auf die drei Wirtschaftssektoren: Privathaushalte, Unternehmen und Staat. Dabei sind die Anteile des Staates in der Grafikmitte besonders gut miteinander zu vergleichen.



Darstellung 1

Wie ersichtlich konnte der Staat anfangs, mit einem steigenden Anteil an den Geldvermögen beteiligt, sogar seine Schulden abbauen. Ab Mitte der 1960er Jahre kehrte sich jedoch die Entwicklung um: Bei gleichzeitigem Rückgang der Geldvermögensanteile nahmen die Staatsschulden bis 2010, von 20% auf über 80% des BIP ansteigend, gemessen an der Wirtschaftsleistung auf mehr als das Vierfache zu! Und die erste „Schuldenbremse“, die Festlegung der Höchstgrenze auf 60% der Wirtschaftsleistung in den Maastrichter Verträgen, wurde zwar um das Jahr 2000 kurzzeitig eingehalten, um danach jedoch umso deutlicher weiter anzusteigen. Und dies nicht nur aus kurzfristigen politischen und parteipolitischen Interessen, sondern auch um deflationären Entwicklungen vorzubeugen, deren Folgen uns seit 1929 noch in Erinnerung sind.

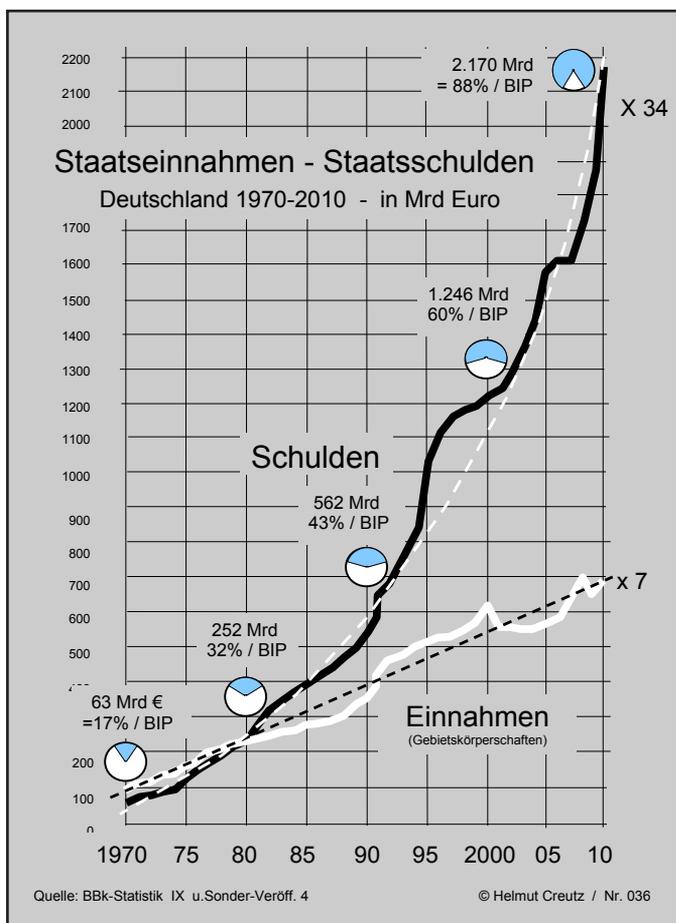
Auch die „Agenda 2000“, mit der man vor allem die Lohnkosten senkte, war – wie die gleichzeitigen Absenkungen der Spitzensteuern zeigte – ein Ansatz am falschen Ende, der die Zunahmen der Geldvermögensbestände und die daraus resultierenden Verschuldungszwänge noch beschleunigte. Und diese Fehlentscheidung verstärkte man noch durch die Einführung einer Einheitssteuer auf alle Zinseinnahmen in Höhe von 25%! Eine Maßnahme die nicht nur die Haushalte mit geringen Einkommen verstärkt belastete, sondern gleichzeitig die reichen Minderheiten, deren Steuersätze über 25% liegen, erheblich entlastete. – Kein Wunder, dass sich die Schere zwischen Arm und Reich beschleunigt öffnete.

Wie die im Fünfjahres-Abstand eingetragenen Entwicklungen in der Darstellung 1 erkennen lassen, weisen die Gesamtentwicklungen – im Gegensatz zur Staatsverschuldung – bis in die zweite Hälfte der 1990er Jahre einen relativ gleichmäßigen und leicht exponentiell ansteigenden Verlauf aus, der mit den gestrichelten Trendlinien angedeutet wird. Der um das Jahr 2000 aufgetretene Ausreißer resultiert aus den Aufblähungen und Platzen der Börsenkurse, während der anschließende Einbruch in der zweiten Hälfte des letzten Jahrzehnts die Folgen der Banken- und Finanzmarktkrise waren. – Die deutlichen Versetzungen um das Jahr 1990 hängen dagegen mit den vereinigungsbedingten Daten-Veränderungen zusammen, vor allem aber auch mit Umstellungen in den statistischen Berechnungen, bei denen z. B. die Hypotheken aus dem Bereich der Wirtschaft in den der privaten Haushalte verlagert wurden.

Die Scherenentwicklung zwischen Staatsschulden und Staatseinnahmen



Im Gegensatz zu den BIP-Prozentanteilen in der Darstellung 1, werden in der Darstellung 2 die Entwicklungen der Staatsschulden in Euro und damit nominellen Größen wiedergegeben und zum Vergleich den Staatseinnahmen gegenübergestellt, bezogen auf die letzten vier Jahrzehnte unserer Wirtschaftsepoche, also von 1970 bis 2010. Wie daraus hervorgeht, nahmen in diesem Zeitraum zwar die Staatseinnahmen auf das Siebenfache zu, die Staatsverschuldungen jedoch auf das 34-fache! – Diese Diskrepanzzunahme wird in den Kreisdarstellungen noch einmal wiedergegeben, umgerechnet in Prozent der Wirtschaftsleistung.



Darstellung 2

Erkennbar ist aus beiden Kurven, dass die der Einnahmen, langfristig betrachtet, weitgehend linear verlaufen ist, auch wenn darin sowohl die vereinigungsbedingten Abweichungen um 1990 als auch die konjunkturbedingten in den letzten zehn Jahren deutlich sichtbar werden. Die Schuldenentwicklung zeigt dagegen einen sich stetig beschleunigenden exponentiellen Verlauf, wie er sich bei allen zins- und zinseszinsbedingten Wachstumsvorgängen zwangsläufig ergibt:

In den ersten 1970er Jahren noch unterhalb der Staatseinnahmen liegend und sich in etwa parallel dazu entwickelnd, stieg die Schuldenkurve ab 1974 immer rascher an, womit sich die Schere zwischen beiden Größen immer weiter öffnete. Dabei zeichnen sich in den starken Schwankungen im Kurvenverlauf vor allem die Folgen der Zinsschwankungen ab. Einmal direkt bedingt durch die steigenden Zinslasten, aber auch durch die jeweils folgenden Konjunkturerbrüche mit sinkenden Steuereinnahmen, bei gleichzeitig zunehmenden Kosten im Sozialbereich.

Im letzten Jahrzehnt kamen dann noch die Folgen der weltweiten Krisen hinzu: Zwar gelang es der Politik die in den Maastrichtverträgen festgelegte Schuldenquote von 60 Prozent des BIP wenigstens um das Jahr 2000 einzuhalten, anschließend wurde sie jedoch umso deutlicher ausgeweitet. – Das Folgenschwerste dieser Staatsverschuldungen ist jedoch, dass in den gesamten 40 Jahren die fälligen Zinslasten fast ausschließlich mit Neukreditaufnahmen finanziert worden sind! Diesen eigentlich unglaublichen Tatbestand hatte Prof. Reimund Jochimsen, damals Direktor der Landeszentralbank von NRW, bereits im Frühjahr 1999 einmal bestätigt:

„Für die Gesamtheit der elf EWU-Länder gilt, dass die Neuverschuldung gerade ausgereicht hat, die Zinslast aus der Verschuldung zu decken. Im Zeitraum 1970 bis 1998 war die Defizitquote mit 3,67 Prozent des BIP praktisch genau so hoch wie die Zinslastquote mit 3,63 Prozent.“

Die Kreditaufnahmen haben also nur jener Bürgerminderheit genutzt, die dem Staat die Schuldenmilliarden zur Verfügung gestellt hat und damit wiederum, im Gleichschritt mit der Schuldenzunahme immer reicher geworden ist. Die Staatsverschuldungen waren also der größte Beitrag zur Vermehrung der Geldvermögen, vor allem zu deren Konzentration bei einer bereits reichen Minderheit.

Resümee



Der in diesem Text wiedergegebene Vergleich zwischen Staatseinnahmen und Staatsschulden dürfte deutlich machen, dass eine Rückführung der Schuldenbelastungen, oder gar eine Schließung der Schere zwischen beiden Größen kaum noch denkbar sein kann. Die sich daraus ergebenden Spannungen zwischen den wachsenden Geldvermögen und den Kredit-Aufnahmefähigkeiten der Gesamtwirtschaft, haben einfach die noch beherrschbaren Größen überschritten.

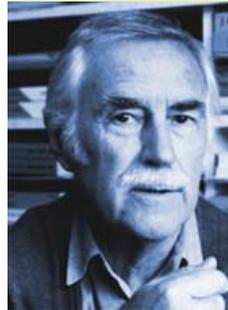
Helfen könnte also nur, wenn man, statt der Abbremsung der Schulden, eine jener Größe anstreben würde, aus denen die Verschuldungszwänge resultieren: Also statt der „Schuldenbremse“ eine „Geldvermögensbremse“! – Eine Entwicklung, die sich aus einer Sicherung des Geldumlaufs automatisch ergeben bzw. zumindest der weiteren Zunahme unserer heutigen Probleme entgegen wirken würde.

Und was den Abbau der Staatsverschuldungen über die Kürzungen offener Banken-Forderungen betrifft, wie derzeit in Griechenland geplant, so wäre das nur möglich, wenn die Banken diese Kürzungen ihrerseits an die Geldgeber weiter geben könnten, denen am Ende der Kette diese Zinseinnahmen der Banken zu mehr als 80% zugeflossen sind. Diesen einzigen wirklich gerechten Weg, jenen leistungslos erworbenen Reichtum der Unternehmen und Privathaushalte anzupfen, wird jedoch kein Politiker anzusprechen wagen. Auch nicht bei einer mit dem Reichtum progressiv ansteigenden Belastungsverteilung, bei der die Kleinsparer freigestellt sein würden.

Angesichts dieser Gegebenheiten ist es geradezu ein Trauerspiel, dass die sich bildenden Protestbewegungen – einschließlich attac! – diesen eigentlichen Ursachen unserer Misere bisher immer noch nicht zugewandt haben! Und besonders tragisch ist, dass sich selbst die für unsere wirtschaftlichen Vorgänge zuständige Wissenschaft mit diesen im Grunde einfachen Zusammenhängen bis heute nicht ausreichend befasst und damit auch noch die Gefahr besteht, dass man, nach einem kaum noch vermeidbaren Zusammenbruch unseres Geldsystems, wieder mit den gleichen Grundfehlern beginnt! 

Zum Autor

Helmut Creutz



Jg. 1923, Architekt, Wirtschaftsanalytiker und Publizist. 1979/80 war er Mitbegründer der Alternativen Liste und der Grünen in Aachen und NRW. Seit 1980 befasst er sich mit den Zusammenhängen zwischen Geld und Gesellschaft, Währung und Wirtschaft. Umfangreiche Vortrags- und Seminarartätigkeit, Veröffentlichung von zahlreichen Büchern, Aufsätze und statistische Grafiken zum Thema.